



Nr. 22

25. Juni 2015

## Inhalt

[Sozial- und Erziehungsdienst: Verhandlungskommission will Mitgliedervotum+++](#)

[dbb Bundeshauptvorstand in Wernigerode](#)

[Dauderstädt und Haseloff für Gewerkschaftspluralität+++](#)

[Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes –](#)

[Verwaltungshandeln muss noch besser erklärt werden+++](#)

[Moderne Verwaltung - Dauderstädt: Digitalisierung darf die Menschen nicht vergessen+++](#)

[Öffentlicher Dienst der Länder: Gute Beispiele selten Vorbild+++](#)

[7. Besoldungsänderungsgesetz im Bund: Bundesbesoldungsrecht weiter vereinheitlichen+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb berlin begrüßt Wiedereinführung der Jubiläumswendungs+++](#)

[Sachsen-Anhalt: Auszahlung der Besoldungsanpassung für 2015 mit August-Bezügen+++](#)

[Zollgewerkschaft gegen „Schusswaffen-Stopp für](#)

[Mindestlohnkontrollen“+++](#)

[Ulrich Stock ist neuer Bundesvorsitzender der DVG+++](#)

[Bundesvertretertag des FWSV+++](#)

[BTB wählt neue Bundesleitung – Jan-Georg Seidel Bundesvorsitzender+++](#)

[komba gewerkschaft: ÖPP-Projekte sind keine Lösung+++](#)

[DPVKOM: Deutsche Post gießt Öl ins Feuer+++](#)

[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt harte Strafe für Hooligan+++](#)

[BDF fordert Rücknahme von „Maulkorberlass“ – dbb legt Rechtsgutachten vor+++](#)

## Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Sozial- und Erziehungsdienst: Verhandlungskommission will Mitgliedervotum

**(dbb) Die dbb Verhandlungskommission für den Sozial- und Erziehungsdienst wird eine Mitgliederbefragung durchführen, bevor sie den Schlichterspruch vom 23. Juni 2015 endgültig bewertet. „Die Empfehlung der Schlichter ist eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen. Bevor wir in die abschließenden Gespräche gehen, wollen wir aber ein detailliertes Stimmungsbild aus unserer Mitgliedschaft“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing am 25. Juni 2015 in Offenbach.**

Die Befragung der Mitglieder soll kommende Woche beginnen und wird vier Wochen dauern. Während dieser Zeit wollen die Gewerkschaften von weiteren Streiks absehen. Nach der Auswertung der Befragung sind für den 13. August 2015 weitere Gespräche mit der Arbeitgeberseite geplant.

Die beiden Schlichter Georg Milbradt und Herbert Schmalstieg hatten am 23. Juni 2015 in Bad Brückenau eine Empfehlung zur Entschär-

fung des Tarifkonflikts im Sozial- und Erziehungsdienst vorgelegt. Die Schlichtung war vereinbart worden, nach dem auch nach sechs Verhandlungsrunden und einem vierwöchigen Streik kein Ergebnis erzielt werden konnte. Die Gewerkschaften und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) verhandeln bereits seit Februar über eine verbesserte Eingruppierung der Arbeit im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes. (01/22/15)

## dbb Bundeshauptvorstand in Wernigerode Dauderstädt und Haseloff für Gewerkschaftspluralität

**(dbb) Zu seiner diesjährigen Tagung kam der dbb Bundeshauptvorstand am 22. und 23. Juni 2015 in Wernigerode zusammen. Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, begrüßte die dbb-Vertreterinnen und -Vertreter persönlich und betonte in seiner Ansprache, dass die Sozialpartner in der Bundesrepublik mit Pluralität und Selbstorganisation bislang gute Erfahrungen gemacht hätten. Mit dem kürzlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Tarifeinheitsgesetz sei gleichwohl ein neuer Rahmen für Tarifpluralität gesetzt worden, so Haseloff. Der Ministerpräsident unterstrich zudem seine klare Haltung als „Verfechter des Berufsbeamtentums“ und sicherte dem dbb und seinen Fach- und Landesverbänden zu, trotz aller haushalterischen Sachzwänge stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu haben.**

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt machte vor den dbb Bundeshauptvorstand erneut deutlich, dass der dbb, sofern das Tarifeinheitsgesetz in Kraft treten sollte, umgehend eine verfassungsrechtliche Klärung in Karlsruhe herbeiführen werde: „Bei allem, was in Richtung Einheitsgewerkschaft geht, sind wir ein besonders energischer Gegner“, so Dauderstädt.

Der Bundeshauptvorstand ist mit seinen rund 120 Mitgliedern nach dem alle fünf Jahre stattfindenden Gewerkschaftstag das ranghöchste Gremium des dbb und befasste sich in Wernigerode mit den strategischen Schwerpunkten und Leitlinien der gewerkschaftlichen Arbeit für die kommenden Monate. Auf der Agenda standen unter anderem der Anstoß einer „Initiative Beamtenrecht“, die Nachwuchsförderung in

Personal- sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen und die dbb-Forderungen zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Beschlüsse fasste der Bundeshauptvorstand auch mit Blick auf allgemeine Politikfelder, beispielsweise zur Steuerpolitik in Sachen „kalte Progression“: „Die Einnahmen des Staates durch die ‚kalte‘ Progression benachteiligen die betroffenen Bürger ungerechtfertigt, es entstehen falsche Anreizwirkungen, die zu einem verzerrten Arbeitsangebot führen“, heißt es in dem Beschluss. „Insofern sollte der Staat – unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Benachteiligung – diese Steuerungerechtigkeit beheben.“ Zu den Herausforderungen in den Bereichen Bildung (Inklusion) und Innere Sicherheit (Terrorbedrohung) machte der dbb

mit seinen aktuellen Positionierungen deutlich, dass zur erfolgreichen Bewältigung der Aufgaben eine adäquate Personal- und Finanzaus-

stattung der zuständigen Behörden und Einrichtungen Grundvoraussetzung sind.  
(02/22/15)

## **Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes – Verwaltungshandeln muss noch besser erklärt werden**

**(dbb) „In den letzten Jahren hat sich die Kommunikation zwischen staatlichen Stellen auf der einen, sowie Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite deutlich verbessert. Trotzdem gibt es immer noch Nachholbedarf, Verwaltungshandeln kann noch besser erklärt werden. Dabei ist auch die Politik in der Pflicht“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2015 in Berlin.**

„Es geht darum, den Menschen die unterschiedlichen Interessen bewusst zu machen, denen der öffentliche Dienst gerecht werden soll und muss: Einerseits wird Flexibilität erwartet, andererseits gibt es aber oft nur einen engen gesetzlichen Spielraum für Entscheidungen. Einerseits wird Transparenz gefordert, andererseits darf der Datenschutz dabei auch nicht auf der Strecke bleiben“, so Dauderstädt. Diese und ähnliche Interessenskonflikte seien niemals völlig aufzulösen. „Man kann es nicht jedem recht machen. Aber der öffentliche Dienst steht in der Pflicht, sein Handeln zu erklären - und da kann er an manchen Stellen sicherlich noch besser werden.“

Unterstützung erwartet Dauderstädt dabei von der Politik. „Die Stammtischparolen zum aufgeblähten, überflüssigen öffentlichen Dienst werden weniger, das ist erfreulich. Inzwischen hört man von immer mehr Politikern sogar öffentliche Wertschätzung für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen“, stellte der dbb

Chef fest. „Aber das reicht noch nicht. Verwaltungshandeln ist immer die Folge von politischen Entscheidungen. Deshalb erwarte ich von den Verantwortlichen, dass sie sich klar zu ihrer Verantwortung bekennen und auch die Grenzen staatlichen Einflussmöglichkeiten benennen.“ Das sei für alle Beteiligten langfristig der beste Weg, denn „offener Austausch auf Augenhöhe ist immer noch der beste Schutz vor Politik- und Staatsverdrossenheit“.

Die Vereinten Nationen haben den „Tag des öffentlichen Dienstes“ am 23. Juni 2003 eingeführt, um auf die Leistungen der Beschäftigten des öffentlichen Sektors aufmerksam zu machen. Aktuell sind in Deutschland rund 4,6 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig. Davon sind knapp 1,9 Millionen Beamtinnen und Beamte (inklusive Soldatinnen und Soldaten), 2,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.  
(03/22/15)

## **Moderne Verwaltung - Dauderstädt: Digitalisierung darf die Menschen nicht vergessen**

**(dbb) Für eine bürgerfreundliche digitale Verwaltung in Deutschland hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt stark gemacht. Mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Vertretern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutierte Dauderstädt am 23. Juni 2015 auf dem Zukunftskongress „Staat & Verwaltung 2015“ in Berlin.**

Was muss Deutschland tun, um Verwaltungsdienstleistungen modern und bürgerfreundlich zu gestalten? „Die Digitalisierung darf einerseits für Bürgerinnen und Bürger nicht zur unüberwindbaren Hürde werden. Andererseits müssen auch die Verwaltungen mit der Moder-

nisierung Schritt halten können, was Weiterbildung und Personalbedarf betrifft“, sagte der dbb Chef. Insbesondere für ältere Kolleginnen und Kollegen sei es wichtig, Anschluss bei der Umsetzung neuer internetbasierter Verwaltungsdienstleistungen zu halten. „Das können

wir nur mit konsequenter Fortbildung schaffen“, so Dauderstädt. Einigkeit mit dem Bundesinnenminister bestand darin, dass Struktur-reformen in der öffentlichen Verwaltung oft gute Möglichkeiten böten, technische Neuerungen in einem Zuge mit umzusetzen.

Darüber hinaus warb Dauderstädt für mehr Benutzerfreundlichkeit und eine höhere Reichweite digitaler Angebote im föderalen System: „Die Generation der ´digital natives´ würde gern viel mehr einfache Verwaltungsakte von

der Wohnort-Ummeldung bis hin zu Kfz-Angelegenheiten online erledigen, hat aber bis heute kaum die Möglichkeit dazu, weil die Angebote von Land zu Land und von Kommune zu Kommune quantitativ und qualitativ viel zu unterschiedlich sind und das Ende vom Lied meist immer noch das persönliche Erscheinen im Amt ist.“ Für die ältere Generation hingegen müssten die klassischen Kommunikationswege wahrscheinlich noch über Jahrzehnte hinweg offen bleiben, so Dauderstädt.  
(04/22/15)

## Öffentlicher Dienst der Länder: Gute Beispiele selten Vorbild

**(dbb) Die Reform der föderalen Strukturen im öffentlichen Dienstrecht aus dem Jahr 2006 könne bei einer realistischen Betrachtung in naher Zukunft nicht zurückgedreht werden. Das erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 20. Juni 2015 auf dem Gewerkschaftstag der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) in Bayreuth. Gleichwohl werde der dbb in seinen Anstrengungen nicht nachlassen, das Auseinanderdriften der Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen im Beamtenbereich von Bund und Ländern einzudämmen: Die zahlreichen Negativbeispiele dürften nicht Schule machen, so Dauderstädt. Es sei einzuräumen, dass es bei den landestypischen Entwicklungen nicht nur Verlierer gebe, sondern auch Gewinner.**

Dauderstädt verwies als positives Beispiel auf den Freistaat Bayern. Die Landesregierung dort habe von der vollständigen Übernahme des Ergebnisses der Länder-Einkommensrunde auf die Beamtenschaft über die parallele Verbesserung der Mütterrente bis zur Dynamisierung von Zulagen und der Einführung von Gehaltsvorschüssen bei familiären Pflegefällen vorbildlich gehandelt. „Leider entwickeln sich aber die guten Beispiele selten als Vorbilder, nachgeahmt werden eher die schlechten Vorbilder“, erklärte der dbb Chef. Als negative Beispiele nannte Dauderstädt Länder wie Nordrhein-Westfalen und Bremen, die die letzte Lohnrunde mit massiven Sparmaßnahmen begleitet hätten, die erst durch die Justiz korri-

giert werden mussten. Den Plan der Freien und Hansestadt Bremen, Versorgungsempfänger im geringeren Maße an linearen Verbesserungen teilhaben zu lassen als aktive Beamte, bezeichnete er als äußerst gefährlich. Der dbb werde dagegen vor den Verwaltungsgerichten klagen.

Mit dem neu gewählten DVG-Bundesvorsitzenden, Ulrich Stock aus Sachsen-Anhalt, bekräftigte Dauderstädt die Wichtigkeit der Landesverwaltungen in einem Bundestaat und versicherte der neu gewählten Bundesspitze der DVG eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit.  
(05/22/15)

## 7. Besoldungsänderungsgesetz im Bund: Bundesbesoldungsrecht weiter vereinheitlichen

**(dbb) Mit dem Entwurf eines Siebten Besoldungsänderungsgesetzes des Bundes sollen Sonderregelungen für Soldatinnen und Soldaten aufgehoben werden, um die Besoldungsregelungen für Beamte und Soldaten einander anzugleichen. Ziel sind die zukunftsfähige Ausgestaltung des Besoldungsrechts und die Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr gerade für junge Menschen. Zudem soll der Zersplitterung des Besoldungsrechts entgegengewirkt und die Flexibilität beim Wechsel zwischen den Statusgruppen bewahrt werden.**

Im Rahmen einer Anhörung zum Gesetzentwurf am 18. Juni 2015 in Berlin begrüßte dbb Vize und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra, dass Beamtinnen und Beamte sowie Soldatinnen und Soldaten grundsätzlich nach einheitlichen Regelungen besoldet werden sollen: „Es ist wichtig für die Besoldungstransparenz, dass es nicht zu viele Sonderregeln für einzelne Statusgruppen gibt“, sagte Benra. Bereits das Bundeswehrattraktivitätssteigerungsgesetz habe Sonderregelungen geschaffen, die im Wesentlichen einer Statusgruppe zugutekommen und die zum Beispiel nicht für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr gelten. Auch der vorliegende Entwurf modifiziere Spezialregelungen, die bereits mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz speziell für den Bereich der Soldaten ausgestaltet worden waren: „Teilweise ist das zwar sachlich begründbar; trotzdem muss im Hinblick auf die gleichmäßige Entwicklung der Grundsatz der Ämterstabilität berücksichtigt

werden.“ Auch müsse eine wesentliche Gleichwertigkeit der Ämter unter Berücksichtigung der gemeinsamen Belange des Dienstherrn Bundesrepublik Deutschland sichergestellt sein, so der dbb Vize. „Der dbb tritt für möglichst einheitliche Vorschriften für alle vom Besoldungsrecht Betroffene ein. Grundeinheitlichkeiten und die Schaffung von einheitlichen Regelungen tragen zur Nachvollziehbarkeit des Besoldungsrechts in Bund und Ländern bei.“

Der dbb fordert daher über den Gesetzentwurf hinausgehende Maßnahmen, die das Besoldungsrecht für alle Beamtinnen und Beamten attraktiver machen, so Benra. Dazu gehört die seit Jahren vom dbb geforderte Anpassung der Stellenzulagen an die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Aufstockung der Leistungsbezahlung.  
(06/22/15)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **dbb berlin begrüßt Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung**

**(dbb) Das jahrelange Drängen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin auf Wiedereinführung der 2003 abgeschafften Jubiläumszuwendung für die Berliner Beamtinnen und Beamten hat Erfolg gehabt: Ein Gesetzentwurf des Senats sieht vor, dass auch für die Beamtinnen und Beamten nach 25 Jahren Dienstzeit 350 Euro, nach 40 Jahren 450 Euro und nach 50-jähriger Dienstzeit 500 Euro als einmalige Zuwendung gewährt werden sollen. Aufgrund der noch notwendigen förmlichen Beteiligungen steht der genaue Termin der Wiedereinführung noch nicht fest.**

Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin, erklärte dazu am 24. Juni 2015: „Für uns ist die Jubiläumszuwendung immer ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für jahrzehntelange treue Dienste gewesen. Wir haben uns deshalb nie mit ihrer Abschaffung abgefunden und unermüdlich sämtliche politischen Hebel zu ihrer Wiedereinführung in Bewegung gesetzt. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist das Resultat unserer jahrelangen Überzeugungsarbeit im Senat, bei den Parteien und den Fraktionen des Abgeordnetenhauses.“

Mit der geplanten Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung setze Innensenator Frank Henkel nach der Vorlage eines Elf-Punkte-Programms für ein nachhaltiges Personalmanagement ein weiteres Zeichen in Richtung einer verantwortungsvollen Politik gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesdienstes, so Becker.  
(07/22/15)

## Sachsen-Anhalt: Auszahlung der Besoldungsanpassung für 2015 mit August-Bezügen

**(dbb) Die lineare Erhöhung der Grundgehälter und Anwärterbezüge um 2,1 Prozent für 2015 wird im Rahmen einer Vorgriffsregelung bereits mit den August-Bezügen ausbezahlt. Die Koalitionsfraktionen CDU und SPD sind sich zudem einig, dass Feuerwehrbeamte auch in Zukunft mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können und bei Polizeivollzugsbeamten Schichtdienstzeiten bei der Anhebung der Altersgrenzen berücksichtigt werden. Das waren die wesentlichen Ergebnisse des Gespräches, das die Mitglieder der Landesleitung des dbb sachsen-anhalt am 16. Juni 2015 mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt André Schröder sowie dem innenpolitischen Sprecher Jens Kolze und der finanzpolitischen Sprecherin Eva Feußner führten.**

„Nachdem der Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2015/2016 am 4. Juni 2015 im Landtag in erster Lesung beraten und federführend an den Finanzausschuss überwiesen wurde, erwartet der dbb, dass die Besoldungsanpassung vor der parlamentarischen Sommerpause in der Juli-Sitzung beschlossen wird. In der Landtagsdebatte ist deutlich geworden, dass alle Fraktionen den Gesetzentwurf der Landesregierung inhaltlich mittragen. Die geplante Vorgriffsregelung begrüßen wir daher ausdrücklich“, sagte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck.

Konsens herrscht zwischen CDU und SPD darüber, dass die besondere Altersgrenze für

Beamte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst nicht wie von der Landesregierung geplant, auf 62 Jahre angehoben wird. Feuerwehrbeamte sollen demnach auch zukünftig mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand eintreten können. „Der Verzicht auf die Anhebung der besonderen Altersgrenze für die Feuerwehrbeamten ist angesichts hoher physischer und psychischer Belastungen im Einsatzdienst ein richtiges und wichtiges Signal“, sagte Ladebeck. Wenn für Polizeivollzugsbeamte Schichtdienstzeiten bei der Anhebung der besonderen Altersgrenzen berücksichtigt werden sollen, müsse es Sonderregelungen auch für den Justizvollzug geben, forderte er. (08/22/15)

## Zollgewerkschaft gegen „Schusswaffen-Stopp für Mindestlohnkontrollen“

**(dbb) Mit scharfer Zurückweisung hat BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes auf populistische und unqualifizierte Äußerungen aus dem CDU-Wirtschaftsflügel reagiert. Einem Bericht der BILD-Zeitung (Ausgabe vom 22. Juni 2015) zufolge wurde demnach ein „Schusswaffen-Stopp für Mindestlohnkontrollen“ gefordert.**

Laut dem Pressebericht hatte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs verlangt, die zusätzlich - so wörtlich - „angeheuerteten“ 1.600 Zollbeamten besser im Kampf gegen die steigende Zahl der Einbrüche einzusetzen. Unter der abenteuerlichen Überschrift „Sozialarbeiter statt Zollbeamte in Firmen schicken“ wird sein Fraktionskollege Christian von Stetten mit den Worten zitiert, diese seien für diese Aufgabe besser geeignet.

Dewes kritisierte sowohl Inhalt als auch Wortwahl: Die Äußerungen zeugten von Respektlosigkeit gegenüber Zöllnerinnen und Zöllnern und von Unkenntnis über deren Aufgaben. Dewes empfahl, sich die Zuständigkeiten in Bund und Ländern genauer anzuschauen. „Wer

sich so weit aus dem Fenster lehnt, sollte als Parlamentarier wissen, dass Diebstahldelikte von den Polizeien der Länder verfolgt werden. Hier sind die Länder gefordert und nicht der Bund.“

Der BDZ-Bundesvorsitzende erinnerte auch daran, dass der Haushaltsgesetzgeber aus guten Gründen zusätzliche Einstellungen im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beschlossen habe. Er kritisierte, dass hier offenbar nach der Devise verfahren werde, zuerst ein Gesetz zu verabschieden und dann die Einhaltung in Frage zu stellen. Erschreckend sei, dass diese eklatanten Fehlleistungen von den eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen bisher unkommentiert hingenommen

würden. Gerade die Haushalts- und Finanzpolitiker hätten dem Mindestlohngesetz schließlich von Anfang an positiv gegenübergestanden, das nun beginne, Wirkung zu zeigen. Unfair sei

es zudem, Zöllner und Polizisten in dieser Form gegeneinander auszuspielen.  
(09/22/15)

## Ulrich Stock ist neuer Bundesvorsitzender der DVG

**(dbb) Auf dem 15. Bundesgewerkschaftstag der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) am 19. Juni 2015 in Bayreuth ist Ulrich Stock zum neuen DVG-Bundesvorsitzenden gewählt worden. Der bisherige Bundesvorsitzende Kurt Rieß wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.**

Der 48-jährige Regierungsoberamtsrat im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt Ulrich Stock ist Landesvorsitzender der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft Sachsen-Anhalt und stellvertretender Landesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt. Dem Bundesvorstand gehören weiter an als stellvertretende Bundesvorsitzende Susanne Greve, Jürgen Kretzschmar und Alfred Maucher.

Bei der öffentlichen Veranstaltung betonte Ulrich Stock, die öffentlichen Dienstherren stünden in der Pflicht, die allgemeine und inne-

re Verwaltung in den Bundesländern so aufzustellen, dass diese auch in Zukunft ihre Leistungen in hoher Qualität erbringen kann. Er forderte die Länder auf, die Personalausstattung nicht weiter einzuschränken. „Wir brauchen neben gut aufgestellten Sicherheitsbehörden auch eine vernünftige und demografiefeste Personalausstattung der allgemeinen Landesverwaltung, um die langfristige Aufgabenerfüllung auf einem hohen Niveau zu gewährleisten. Das dürfen die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erwarten“, sagte Stock.  
(10/22/15)

## Bundesvertretertag des FWSV

**(dbb) Vom 2. bis 3. Juni 2015 haben sich die Delegierten des Fachverbandes Wasser- und Schifffahrtsverwaltung e. V. im dbb zu ihrem Bundesvertretertag in Würzburg getroffen.**

Die zum Jahresende 2014 aus dienstlichen Gründen (beide Kollegen wechselten aus der WSV zur Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen) aus dem Bundesvorstand ausgeschiedenen Heiko Engelbrecht (Bundesgeschäftsführer) und Frank Dirks (Bevollmächtigter für Tarifangelegenheiten) wurden vom FWSV-Bundesvorsitzenden Egon Höfling offiziell verabschiedet. Die Position des Bundesgeschäftsführers ist zurzeit nicht besetzt, die Aufgaben wurden auf die Mitglieder des Bundesvorstandes aufgeteilt. Als neuer Bevoll-

mächtigter für Tarifangelegenheiten wurde Hartmut Janke gewählt.

In einer Laudatio würdigte Egon Höfling auch seinen Amtsvorgänger Torsten Müller, der in seiner fast zwölfjährigen Amtszeit ein „Netzwerk zwischen Politik, Wirtschaft und Interessenvertretungen“ aufgebaut habe. Diskussionssthema auf dem Bundesvertretertag war vor allem die künftige Verbandsstruktur - hin zu einer modernen zweistufigen Struktur mit Bundesvorstand und Ortsverbänden.  
(11/22/15)

## BTB wählt neue Bundesleitung – Jan-Georg Seidel Bundesvorsitzender

**(dbb) Auf dem Gewerkschaftstag am 19. Juni 2015 in Eisenach haben die 80 Delegierten aus allen Landesgliederungen und Vertretungen des BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im dbb, eine neue Bundesleitung gewählt. Wie der BTB mitteilte, wur-**

---

**de Jan-Georg Seidel aus dem Landesverband NRW zum Nachfolger des 2014 verstorbenen Bundesvorsitzenden Bernd Niesen gewählt.**

Zu Stellvertretern wählten die Delegierten Michael Brendle, Maximilian Feichtner, Bernfried

Glück, Christof Weier und Roswitha Wiest.  
(12/22/15)

**komba gewerkschaft: ÖPP-Projekte sind keine Lösung**

**(dbb) Die Bundesregierung preist Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) derzeit als die Lösung schlechthin für den Investitionsstau bei öffentlichen Verkehrsbauprojekten. Die komba gewerkschaft hat am 19. Juni 2015 kritisch Stellung zum geplanten Ausbau von ÖPP-Modellen in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur genommen.**

In der öffentlichen Diskussion heißt es zum Thema ÖPP häufig, dass private Unternehmen schneller und effizienter bauen als die öffentlichen Straßenbauverwaltungen. Der Bundesrechnungshof widerlegt diese Behauptung in einem Gutachten und stellt stattdessen Mehrkosten in Milliardenhöhe fest. Die Gründe liegen im höheren Finanzierungsaufwand: Firmen zahlen höhere Zinsen für Kredite als der Staat und unterliegen darüber hinaus dem Ziel der Gewinnmaximierung.

„Öffentlich-private Partnerschaften sind kein Wundermittel wie es Bundesverkehrsminister Dobrindt verbreitet. Der Anreiz des Bundes liegt vielmehr darin, über eine solche Art der Finanzierung die Schuldenbremse zu umgehen. Diese darf jedoch nicht als Pseudo-Argument für die Vergabe von ÖPP-Projekten gelten“, mahnte Andreas Hemsing, stellvertretender Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft.

Die komba gewerkschaft fordere daher, konventionelle Finanzierungsmodelle grundsätzlich den ÖPP vorzuziehen. Das Bereitstellen einer öffentlichen Infrastruktur sei Teil der Daseinsvorsorge des Staates und daher als klare Aufgabe für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Damit beispielsweise die öffentlichen Straßenbauverwaltungen nicht nur kostengünstiger, sondern noch effizienter arbeiten können, bedürfe es eines Personalausbaus. Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) musste allein im Jahr 2013 40 Millionen Euro an den Bund zurückgeben, weil das Geld aufgrund fehlenden Personals nicht abgerufen werden konnte. „Wir als komba fordern deshalb den Erhalt und Ausbau von qualifizierten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst der Straßenbauverwaltung“, sagte Hemsing.  
(13/22/15)

**DPVKOM: Deutsche Post gießt Öl ins Feuer**

**(dbb) „Die Deutsche Post übt psychischen Druck auf die Beschäftigten aus und nimmt viel Geld in die Hand, um den Streik zu unterlaufen und die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften mit aller Macht zu schwächen. Damit gießt die Deutsche Post nur weiter Öl ins Feuer und heizt den Tarifkonflikt noch stärker an.“ Das sagte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 23. Juni 2015 zu der Vorgehensweise des Unternehmens, Beschäftigte mit einer Prämie von 100 Euro pro Person zur Sonntagsarbeit und damit zur Zustellung bislang liegengebliebener Briefe und Pakete zu bewegen. Gleichzeitig köderte sie Freiwillige für die Zustellung von Postsendungen mit Einkaufsgutscheinen. An der Sonntagszustellung hatten sich nach Unternehmensangaben mehr als 11.000 Personen beteiligt.**

Bereits in der Vorwoche hatte die Deutsche Post nach entsprechenden Medienberichten zugeben müssen, dass sie Mitarbeiter von Kunden einsetzt, damit diese Pakete und Briefe sortieren. Auch Leiharbeiter, Studenten, ausländische Arbeitskräfte und mittlerweile

sogar Taxifahrer werden vom Unternehmen angeheuert, um die Streikfolgen abzumildern. „Die Deutsche Post lässt sich derartige Maßnahmen einiges kosten. Geld spielt hier offensichtlich keine Rolle mehr. Gleichzeitig will sie Lohnkosten im Unternehmen einsparen, indem



sie Arbeitsplätze in die DHL-Delivery-Gesellschaften ausgelagert. Das passt doch nicht zusammen“, so Geyer. Der DPVKOM-Bundesvorsitzende forderte die Deutsche Post

auf, einen konstruktiven Kompromissvorschlag vorzulegen. „Hierauf sollte sich der Arbeitgeber konzentrieren.“  
(14/22/15)

## **DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt harte Strafe für Hooligan**

**(dbb) Zu sechs Jahren Haft und zeitlich nicht absehbarer Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie ist ein Hooligan vom Schwurgericht in Essen nach einem schweren Angriff auf einen Bundespolizeibeamten verurteilt worden.**

Er hatte nach einem Fußballspiel einen Bundespolizisten am Essener Hauptbahnhof von hinten angegriffen, bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt und erheblich am Hals und Kehlkopf verletzt, so dass Lebensgefahr bestand. Nur mit vereinten Kräften konnten Kollegen des Bundespolizisten den hochaggressiven Hooligan überwältigen.

„Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt das Urteil. Die Täter müssen mit der vollen

Härte des Gesetzes bestraft werden. Derartige Taten dürfen nicht länger verharmlost werden“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Horst Pawlik am 17. Juni 2015. Zwar könne der Gewalt beim Fußball an „Runden Tischen“ vorbeugend begegnet werden. „Gewalt gegen Menschen oder Sachen muss trotzdem konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir hoffen auf eine abschreckende Wirkung“, so Pawlik.  
(15/22/15)

## **BDF fordert Rücknahme von „Maulkorberlass“ – dbb legt Rechtsgutachten vor**

**(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat den brandenburgischen Forstminister Jörg Vogelsänger aufgefordert, den kürzlich verfügten „Maulkorberlass“ für seine forstlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in vollem Umfang zurück zu nehmen.**

Der Erlass regiere bis in die Freizeit der Betroffenen hinein und versuche, auch das ehrenamtliche Engagement in Teilen gleichzuschalten. Dieses Vorgehen verstoße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und erinnere an längst vergangene Zeiten. Der BDF stehe für Gespräche und eine konstruktive Lösung nach Recht und Gesetz zur Verfügung, heißt es in einer Pressemitteilung vom 18. Juni 2015. Das brandenburgische Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft hatte in dem Erlass verfügt, dass die Beschäftigten im Rahmen von Mandaten in verschiedenen Gremien die gleiche Meinung wie die des Forstministeriums oder des Landesforstbetriebs zu vertreten haben, um diesen nicht zu schaden. Darüber hinaus solle man sich bezüglich der zu vertretenden Meinung vorher abstimmen.

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat nun die rechtliche Prüfung des Erlasses vorgelegt, die eindeutig ausfällt. „Die Rechtsexperten des dbb bringen es auf den Punkt. Dem Erlass fehlt es sowohl an Recht- als auch an Verhältnismä-

ßigkeit. Er verstößt in mehreren Punkten gegen das Grundgesetz und ignoriert die aktuelle Rechtsprechung von Bundesgerichten in mehreren Urteilen“, so Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. Die Rücknahme des Erlasses sei überfällig; alles andere wäre mehr als peinlich und schade dem Land Brandenburg, dem Forstministerium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Das Rechtsgutachten kommt zum Schluss, dass der Dienstherr nicht verlangen kann, dass Beamtinnen und Beamte genauso wie der Dienstherr abstimmen, auch wenn Sie nur ein Mandat für einen Verein oder Verband haben und keines vom Landesministerium. In einem anderen Abstimmungsverhalten für einen Verein und Verband zeige sich kein Verhalten, dass das Vertrauen der Beamtin oder des Beamten in ihre beziehungsweise seine berufliche Tätigkeit beeinträchtigt wird. Letztlich verstoße der Erlass gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.  
(16/22/15)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Nachdem mit einer Demonstration Anfang Juni in Oranienburg noch einmal die Forderung nach einer fairen Bezahlung für alle in der Rettungsdienst Oberhavel GmbH Beschäftigten untermauert worden war, lehnte die Arbeitgeberseite weitere Verhandlungen ab. In einer Mitgliederversammlung am 23. Juni 2015 in Oranienburg haben nun Mitglieder der komba gewerkschaft im Rettungsdienst Oberhavel, für die der **dbb** die Tarifverhandlungen führt, den Arbeitgeber zur Rückkehr an den Verhandlungstisch aufgefordert. „Wir setzen weiterhin auf eine Verhandlungslösung. Nur so können Ergebnisse zur Befriedung des Konflikts erarbeitet werden“, hieß es. In den bisherigen, seit Monaten laufenden Verhandlungen hatte der dbb bereits Kompromissbereitschaft unter Beweis gestellt. Allerdings müsse es auch im Rettungsdienst Oberhavel zukunftstaugliche Arbeitsbedingungen geben.

Zum Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2015 hat **Rolf Habermann**, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), erklärt: „Modern und zukunftssicher – das ist es, was wir uns für den öffentlichen Dienst wünschen. In Bayern ist man derzeit auf dem richtigen Weg.“ Die Politik habe erkannt, dass ein starkes Bayern ohne einen starken öffentlichen Dienst nicht möglich ist. Als Kernelement des Staates stelle der öffentliche Dienst einen entscheidenden Standortfaktor dar. Daher sei es auch Zeit, mit den althergebrachten Vorurteilen aufzuräumen, forderte Habermann. „Tagtäglich leisten hier in Bayern rund 300.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst trotz teilweise schwieriger Rahmenbedingungen hervorragende – auch international anerkannte – Arbeit.“

„Die 15.000 Beamtinnen und Beamten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Kommunen können mit weiteren planbaren Erhöhungen in den Folgejahren rechnen.“ Das kündigte der dbb Landesvorsitzende **Dietmar Knecht** nach der Gesprächsrunde mit Finanzministerin Heike Polzin am 22. Juni 2015 an, die im Nachgang zum diesjährigen Tarifabschluss stattfand. Vorbehaltlich der Gesetzgebung folgende Eckpunkte festgeschrieben werden: 2015 bleibt es bei der zweiprozentigen Erhöhung; zum 1. September 2016 ein weiterer zweiprozentiger Erhöhungsschritt (auch für Versorgungsempfänger), mindestens

gibt es aber 65 Euro für Aktive. Anwärter erhalten wie die Azubis 30 Euro mehr. Die beabsichtigte Vorwegnahme eines Tarifergebnisses für 2017 in Höhe von 1,75 Prozent zum 1. Oktober 2017 wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Besoldung dürfe nicht von der tariflichen Entwicklung abgekoppelt werden.

Nach der Erhöhung der Diäten und Aufwandsentschädigungen der Thüringer Landtagsabgeordneten rückwirkend zum 1. Januar 2015 hat der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen eine Anpassung der Beamtenbezüge rückwirkend zum 1. März 2015 um 2,1 Prozent gefordert. „Wir erwarten, dass die Anpassung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten des Freistaates, die mit wesentlich weniger Geld als die Parlamentarier leben müssen, ebenfalls schnellstmöglich angepasst wird“, sagte der Vorsitzende des tbb, **Helmut Liebermann**, am 19. Juni 2015. Neben der rückwirkenden Erhöhung der Bezüge zum März 2015 fordert der tbb eine Anhebung um 2,3 Prozent zum 1. März 2016. Die Landesregierung stellte zuletzt einen Entwurf für eine Anpassung vor, der eine Anhebung erst ab September 2015 beziehungsweise 2016 vorsieht.

„Ob Angestellte oder Beamte, für sie alle gilt: Jeden Tag im Dienst für die Gesellschaft.“ Das erklärte der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft und dbb Vize **Ulrich Silberbach** zum Welttag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2015. Er appellierte an Arbeitgeber, Politik und Gesellschaft, Arbeitsplätze zukunftsfähig zu machen. „Die Tätigkeitsfelder im öffentlichen Dienst sind vielfältig. Sie reichen vom Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung über die Feuerwehrkräfte und Angestellten im Gesundheitswesen bis hin zur KiTa-Fachkraft. Sie alle haben verschiedene Arbeitsanforderungen. Einen Masterplan für die richtige Zukunftsstrategie gibt es daher nicht. Individuelle Lösungen sind gefragt. Für alle gilt jedoch, eine angemessene Bezahlung, Wertschätzung und attraktivere Arbeitsbedingungen sind erforderlich, um künftige und bereits existierende Herausforderungen zu schultern“, so Silberbach.

Zu den Problemen des Chefs der NRW-CDU Armin Laschet mit dem Finanzamt hat sich auch der Bundesvorsitzende der Deutschen

Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** geäußert. Der Kölner „Express“ (Ausgabe vom 19. Juni 2015) zitiert Eigenthaler mit den Worten: „Die Summe, um die es geht, hat zwar keine Hoeneß-Dimensionen – aber es stellt sich bei mehreren Tausend Euro schon die Frage, ob es bei Laschet ein reines Versehen oder doch Absicht war. Von Amts wegen muss bei den Nachforschungen geklärt werden, ob ein strafrechtlicher Anfangsverdacht vorliegt, der zu staatsanwaltlichen Ermittlungen führen würde.“ Laut dem Zeitungsbericht geht es um ein Honorar für Laschets Buch „Die Aufsteigerrepublik“ (2009) in Höhe von 4.000 Euro, das er – wie er selbst einräumte – nicht als Einnahme versteuerte, sondern als Spende absetzte. Das Geld ließ er direkt über den Verlag an den Kölner Verein „Coach“ spenden.

Nach der Deutschen Post fährt nun auch die Deutsche Telekom einen Konfrontationskurs gegen die eigenen Mitarbeiter. „Sind die Arbeitgeber eigentlich noch bei Sinnen? Die Unternehmen müssen endlich kapieren, dass sie nur dann Erfolg im Wettbewerb haben werden, wenn sie den Mitarbeitern gute und sichere Arbeitsplätze bieten“, sagte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), **Volker Geyer**, am 19. Juni 2015 zu den Plänen der Deutschen Telekom, die Anzahl der Standorte im Bereich des Technischen Service von derzeit 153 auf nur noch 18 bis Ende 2017 reduzieren zu wollen. Diese

Planung geht aus dem Konzept „Zukunft Innendienst DTTS“ hervor, das vor wenigen Tagen dem Aufsichtsrat der Deutschen Telekom Technischer Service (DTTS) präsentiert wurde. Von dieser „unzumutbaren Streichorgie“ wären mehr als die Hälfte der 10.000 Beschäftigten des Innendienstbereiches betroffen, so Geyer. Er forderte die Telekom auf, die Kahlschlagpläne zu stoppen und ein Standortkonzept zu entwickeln, das die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt.

Beim Bundeswettbewerb „lyrix“ sind am 19. Juni 2015 in Berlin zwölf junge Lyriktalente als Preisträger ausgezeichnet worden. Als Preis erwartete die jungen Dichterinnen und Dichter eine ganztägige Schreibwerkstatt unter der Leitung der Lyriker Uljana Wolf und Norbert Hummelt, die am 18. Juni in Zusammenarbeit mit dem Literarischen Colloquium Berlin stattfand. Am 20. Juni präsentierten die Ausgewählten ihre Texte im Rahmen einer Lesung im Sputnik-Kino in Berlin. Der Bundeswettbewerb „lyrix“ war 2008 von Deutschlandfunk und dem Deutschen Philologenverband (**DPhV**) initiiert worden und wird seitdem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Mit zahlreichen Schreibwerkstätten sowie Lesungen auf Buchmessen und Literaturveranstaltungen hat sich „lyrix“ in den vergangenen Jahren als bedeutsamer Nachwuchswettbewerb bundesweit etabliert. (17/22/15)